

BVMW Auszug Erfurter Manifest	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU) Dachau-FFB	Julika Sandt (F.D.P.) München-Süd	Dr. Annette Bul- fon (F.D.P.) Dachau-FFB	Peter Falk (SPD) Dachau-FFB	MdB Dr. Axel Berg (SPD) München-Nord	Stefan Boes (Die Grünen) München-Nord	Markus Rainer (Die Grünen) Dachau-FFB	Lili Schlumber- ger-Dogu (Die Linke) Dachau-FFB
<p>Privat statt Staat (Beschränkung staatlicher Tätigkeit auf Kernaufgaben) Senkung der Staatsquote; Wettbewerbsgleichheit zwischen öffentl. und privaten Leistungsträgern; Abbau der Subventionen (10 x 10), Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, wenn sie nicht unmittelbar zur Erfüllung von Hoheitsaufgaben notwendig sind.</p>	<p>Es ist uns ein ehrliches Anliegen, hinderliche Bürokratie und innovationshemmende Vorgaben zu beseitigen. Aus diesem Grund unterstütze ich die grundlegenden Forderungen des BVMW hinsichtlich der Beschränkung staatlicher Tätigkeit. Gerade den Grundsatz des PPP hat die Union im Bundestag mit Nachdruck gefördert. Generell ist der Staat in Zeiten knapper Kassen aufgefordert, Volumen und Art öffentlicher Investitionen zu überdenken, marktwirtschaftlich zu handeln und den Bau neuer Infrastruktur optimal zu beschleunigen.</p>	<p>Der Staat sollte nur dort unterstützend eingreifen, wo es unbedingt nötig ist. Unser langfristiges Ziel ist, die Staatsquote von knapp 50 auf unter 40 Prozent zurück zu fahren. Dazu müssen wir Subventionen abbauen und die Sozialsysteme reformieren.</p>	<p>Zu den Leitlinien liberaler Politik gehört die Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen. Leider kommen in der deutschen Politik auf einen Liberalen neun Verstaatlichter. Trotzdem haben sich Liberale in den letzten Jahren immer mehr Gehör verschaffen können. In mehreren Landesregierungen konnten wir in den letzten Jahren wichtige Schritte in dieser Richtung aushandeln. Mit einer starken FDP wollen wir in der nächsten Bundesregierung weitere Schritte folgen lassen.</p>	<p>Lassen Sie mich vorweg sagen, dass dieses „Erfurter Manifest“ den Interessen des Mittelstands, der kleinen und mittleren Unternehmen, die Sie vorgeben zu vertreten, kaum entspricht. Tatsächlich handelt es sich in weitesten Teilen um ein Sammelsurium zur Zerschlagung bewährter demokratischer und öffentlicher Strukturen. Konsequenz ist nicht nur die Streichung vieler öffentlicher Aufträge, sondern auch die Beendigung eines friedlichen, sozialen und gerechten Miteinanders in dieser Gesellschaft. Weiter würden Konflikte und Unfrieden von der Fläche in die Betriebe hineinverlagert.</p>	<p>Die Finanzierungsprobleme öffentlicher Haushalte, die erheblichen Verbesserungen aus Schuldendiensten, das hohe Leistungsniveau des Staates und der erhebliche Bedarf an öffentlichen Infrastrukturen zwingen dazu, über die derzeitige Arbeitsteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft neu nachzudenken. Eine Antwort auf diese Problemlage bieten Öffentlich Private Partnerschaften (ÖPP). Mit Öffentlich Privaten Partnerschaften wird eine dauerhafte, in beiderseitigem Vorteil liegende, dem Gemeinwohl dienende Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft angestrebt. Insofern stellt ÖPP einen wichtigen Baustein zur Modernisierung des Staates dar. Weiter im Anhang!!!</p>	<p>Ich teile Ihre Meinung; allerdings weiß ich als Mitglied des oberbayerischen Bezirkstages, dass die Vermögenslage der Öffentlichen Hand und damit deren Möglichkeit zu investieren immer geringer wird; trotzdem brauchen wir eine transparentere Struktur, letztlich aber auch eine kostengünstigere</p>	<p>Staatliche Tätigkeit auf ihre Kernaufgaben zu reduzieren, ist eine populäre Forderung. Es gilt freilich zu definieren, was unter den „Kernaufgaben“ zu verstehen ist. Dazu zählen ohne Zweifel innere und äußere, aber auch soziale Sicherheit, Bildung und das Verkehrswesen. Privatisierungen von Unternehmen sind grundsätzlich zu begrüßen, müssen aber mit Augenmaß betrieben werden. Sonst kann sich der Zustand der öffentlichen Infrastruktur verschlechtern, anstatt sich zu verbessern; dies war z.B. bei der vollkommen misslungenen Privatisierung von British Rail in Großbritannien zu beobachten, die aufgrund ihre völligen Scheiterns jetzt wieder rückgängig gemacht wird. Weiter im Anhang</p>	<p>Nein, der Staat muss handlungsfähig sein und bleiben; viele Aufgaben können jetzt schon nicht mehr ausreichend ausgeübt werden. Daseinsvorsorge darf nie privatisiert werden, die Privatisierung einst staatliche/öffentlicher Betriebe (Post, Bahn) hat zu mehr Arbeitslosen, schlechterem Service und Verteuerung geführt. Aber Abbau von Bürokratie und eine andere Verteilung der Steuerlast, so zum Beispiel nicht Entlastung der Konzerne und Superreichen (durch Wiedereinführung Besteuerung von Veräußerungsgewinnen, internationaler Steuer auf Spekulationsgewinne u.a), Senkung der Steuerlast für Selbständige, Klein- und Mittelbetriebe, die als einzige Arbeitsplätze schaffen</p>

BVMW	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU)	Julika Sandt (F.D.P.)	Dr. Annette Bulfon (F.D.P.)	Peter Falk (SPD)	MdB Dr. Axel Berg (SPD)	Stefan Boes (Die Grünen)	Markus Rainer (Die Grünen)	Lili Schlumberger-Dogu (Die Linke)
<p>Bürokratieabbau jetzt (staatliche Überregulierung beseitigen) Gesetze auf Folgen für Mittelstand überprüfen; Betriebe unter 20 Beschäftigten von Pflichtstatistiken befreien, Freigabe der Ladenöffnungszeiten, Aufhebung von Pflichtbeiträgen bei Kammern und Berufsgenossenschaften.</p>	<p>Auch in der Frage des Bürokratieabbaus sind wir uns einig. Rot-Grün hat es geschafft, den deutschen Gesetzesdschungel weiter zu verdichten und der Wirtschaft notwendigen Raum zur Entfaltung zu rauben. Wir wollen eine Überprüfung der gesetzlichen Vorgaben und ein grundlegendes Durchforsten dort, wo Bürokratie regiert, unverhältnismäßige Berichtspflichten bestehen und EU-Vorgaben übers Maß hinaus umgesetzt wurden. Dies kann und wird im engen Dialog mit der Wirtschaft geschehen.</p>	<p>Die FDP fordert einen Bürokratiekosten-TÜV, mit dem Ziel, neue Gesetze und Vorschriften auf ihre Kosten, Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und Bürgerfreundlichkeit zu überprüfen. Der Vorschlag des BVMW, alle Gesetze nach drei Jahren zu prüfen, erinnert stark an unser Anliegen, Gesetze entweder auf fünf Jahre zu befristen oder nach fünf Jahren auf ihre Notwendigkeit zu überprüfen. Übereinstimmung sehe ich zudem in der Ablehnung des Antidiskriminierungsgesetzes – so weit es über die Anforderungen der Europäischen Union hinausgeht. Eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten finde ich sinnvoll. Ich könnte mir vorstellen, dass gerade in der Region München die Fussball-WM 2005 ideale Chance für eine Testphase böte.</p>	<p>Es genügt nicht im Kleinen Bürokratieabbau zu betreiben. Wir müssen viel mutiger werden. Die FDP tritt deshalb z.B. für eine grundlegende Reform des Einkommensteuerrechts ein. Weniger ist mehr. Dies sind keine leeren Visionen. Die FDP hat als einzige Partei einen vollständig ausgearbeiteten Gesetzestext vorgelegt und auch ein genaues Finanzierungskonzept erarbeitet. Beides ist auf <a href="http://www.fdp.de">www.fdp.de</a> abrufbar.</p>	<p>Die von Ihnen weitgehend geforderte Aufgabe von Staat und Kommunen bedingt eine erhebliche weitere Rückführung von öffentlichen Aufträgen – insbesondere kommunaler Unterhaltungsmaßnahmen. Folge ist eine Verschlechterung beispielsweise des Schulangebots oder auch eine Verteuerung der Kindergartengebühren. Also hier weniger statt mehr Bildung. Die Auftragsverluste schädigen KUM in erheblichem Maße. Überdies beträgt die Staatsquote – anders als Sie angeben – nicht 49%, sondern 46,9 %. Dies aber nur zur Vervollständigung Ihrer zahlreichen falschen Prämissen.</p>	<p>Die rotgrüne Bundesregierung macht mit Bürokratieabbau, Deregulierung und Vereinfachung der Verwaltungsabläufe endlich ernst. Sie will damit die Wettbewerbsfähigkeit stärken und zwar besonders die der kleinen und mittleren Unternehmen. Im Juli 2003 hat sie das Strategiekonzept "Initiative Bürokratieabbau" verabschiedet, das die Weichen für einen umfassenden Bürokratieabbau in Deutschland stellt. Die Initiative konzentriert sich auf 5 Handlungsfelder, die für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig sind: Arbeitsmarkt und Selbständigkeit, Wirtschaft und Mittelstand, Forschung und Technologie, Zivilgesellschaft und Ehrenamt, Dienstleistungen und Bürgerservice. Weiter im Anhang!!!</p>	<p>In diesem Bereich ist Differenzierung notwendig; die Grünen waren und sind für einen erheblich umfangreicheren Bürokratie- und Subventionsabbau und sind damit an den beiden strukturkonservativen Großparteien gescheitert; Ihre Vorschläge nach mehr Gutachten und Prüfungen würde wiederum mehr Bürokratie einführen; das ADG ist eine wichtige bürgerrechtliche Errungenschaft und sollte nur unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes auf den Prüfstand; grundsätzlich stehe ich aber in Fragen des Bürokratieabbaus auf Ihrer Seite; zum Beispiel bei der Öffnung der Ladenöffnungszeiten, die mit städtebaulichen Maßnahmen begleitet werden muss, damit nicht nur die Großen, sondern auch die Kleinen gewinnen</p>	<p>Die Beseitigung überflüssiger oder überholter Gesetze ist zu begrüßen. Als Rechtsanwalt kenne ich die überbordende Fülle von Normen, die den Überblick für den Einzelnen de facto unmöglich machen. Unter dem Schlagwort des „Bürokratieabbaus“ darf aber kein Abbau von Standards insbesondere im Bereich des Umweltschutzes betrieben werden. Ein Beispiel: Die von den Grünen durchgesetzten Restriktionen von Bebauung in hochwassergefährdeten Gebieten wurde seinerzeit als „Bürokratismus“ gescholten. Bei den jüngsten Hochwassern hat sich aber gezeigt, wie sehr sich diese Maßnahmen bewährt haben. Festzuhalten bleibt, dass die Verwaltung in Deutschland ganz überwiegend Ländersache ist. Verwaltungsvorschriften sind also nur durch die Länder, nicht durch den Bund zu entschlacken.</p>	<p>Ja, wir sind für Förderung und Einbeziehung des Mittelstandes, der noch als einziger qualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland schafft. Die Konzerne bauen Arbeitsplätze ab. Die bestehende Ladenschlußregelung reicht aus. Sonntag soll geschlossen bleiben. Die Arbeitszeiten müssen für die Beschäftigten menschenwürdig sein. Den kleinen Ladenbesitzern nützt eine Freigabe der Öffnungszeiten gar nichts. Reduzierung der Mitteilungspflichten. Entbürokratisierung; Die IHKs sollen reformiert werden, aus meiner eigenen Erfahrung kommt vieles, was die IHKs machen (Ausbildungen etc.) dem Mittelstand zugute.</p>

BVMW	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU)	Julika Sandt (F.D.P.)	Dr. Annette Bulfon (F.D.P.)	Peter Falk (SPD)	MdB Dr. Axel Berg (SPD)	Stefan Boes (Die Grünen)	Markus Rainer (Die Grünen)	Lili Schlumberger-Dogu (Die Linke)
<p>Steuerreform (Betriebe und Bürger entlasten, Steuersystem vereinfachen Radikale Vereinfachung: Nur noch zwei Steuerarten, Einheitssteuersatz 25 Prozent. Kapital- und Personengesellschaften einheitlich besteuern; Erbschaftsteuer bei Firmenerhalt über zehn Jahre auf Null; Abbau Steuervergünstigungen</p>	<p>Grundlegend durchforsten wollen wir auch den Bereich der Steuern. Hier plant die Union in mehreren Schritten eine radikale Vereinfachung, Entschlackung und gerechtere Ausgestaltung des Steuersystems. Dies kommt auch in der Berufung von Prof. Paul Kirchhoff für das Kompetenzteam der Union zum Ausdruck. Dieser Reformmut stärkt unser Land im globalen wirtschaftlichen Wettbewerb.</p>	<p>Steuergerechtigkeit und -vereinfachung ist auch eines der zentralen Anliegen der FDP. Wir wollen Steuerschlupflöcher schließen und mit niedrigen Steuersätzen Wachstum und Investitionen in Deutschland fördern. Unternehmen, ob Kapitalgesellschaft oder Personunternehmen, sollten maximal 25 Prozent an den Staat abführen. Auch hier entsprechen die Forderungen des BVMW unserem Programm. Die Gewerbesteuer wollen wir abschaffen, weil sie den Mittelstand zu stark belastet. Die Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen soll bei Fortführung des Unternehmens jedes Jahr um 10 Prozent reduziert. Alles in allem wollen wir kleine &amp; mittlere Unternehmen erheblich entlasten. Die deutsche Wirtschaft muss wieder für den internen Wettbewerb fit gemacht werden. Davon profitieren auch die Arbeitnehmer.</p>	<p>In der Grundaussage sind wir mit dem Bundesverband mittelständische Wirtschaft einig. Aber wir wollen schneller und deutlicher zum Ziel. Um mit Hermann Otto Solms zu reden: Das muss innerhalb der ersten beiden Jahren nach der Bundestagswahl umgesetzt werden. Andernfalls bleiben wir mit der Steuerreform unterwegs im Politikgetriebe stecken. Die Weltwirtschaft wartet nicht.</p>		<p>2005 wurden historische Tiefstände bei den Steuersätzen (Vergleich jeweils 1998 bis 2005) erreicht: Einkommensteuer: Spitzensteuersatz von 53 auf 42%, Eingangssteuersatz von 25,9% auf 15%, Anhebung des Grundfreibetrages von 6.322 € auf 7.664 €, Körperschaftsteuer: von 45% auf 25%. Dazu vor allem: pauschale Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommensteuerschuld, was dazu führt, dass faktisch der Mittelstand keine Gewerbesteuer mehr zahlt. Das Gesamtentlastungsvolumen für den Mittelstand von 17 Milliarden € stärkt die Eigenmittelbasis der Unternehmen. Die Entlastung für Privathaushalte in Höhe von 47,3 Mrd. € stärkt die Massenkaufrkraft und die stützt damit die private Konsumnachfrage. Beides kommt vor allem dem Mittelstand zugute. Weiter im Anhang!!!</p>	<p>Die von Ihnen vorgegebene Richtung stimmt, an fast allen Unterpunkten wird ja schon gearbeitet; insbesondere beim Subventionsabbau bin ich Ihrer Meinung</p>	<p>Die Grünen halten am linearen progressiven Steuertarif fest. Ein Stufenmodell, wie es Union und FDP fordern, ist leistungsfeindlich, weil an den Rändern der Stufen große Tarifsprünge entstehen. Ein zusätzlich verdienender Euro wird dann gleich mit 10 Prozentpunkten mehr besteuert. Außerdem benachteiligt dieses System gerade den Mittelstand, weil dieser mit dem Wegfall seiner Abschreibungsmöglichkeiten die Steuerentlastung für die Großkonzerne bezahlt.</p>	<p>25% sind zu wenig. Besteuerung nach Gewinn und Einkommen, Entlastung der unteren, stärkere Belastung der oberen Einkommen. Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Spitzensteuersatz: Deutschland liegt bei der Steuerquote schon jetzt im unteren Bereich in der EU, Reiche und Superreiche müssen mehr zur Kasse gebeten werden. Steuerfreibeträge sollten bei Existenzgründung besser zugunsten der Existenzgründer geregelt werden. Beim Subventionsabbau keine Rasenmäher-Methode, sondern ausgewählte Subventionen und Steuervergünstigungen schrittweise abbauen.</p>

BVMW	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU)	Julika Sandt (F.D.P.)	Dr. Annette Bulfon (F.D.P.)	Peter Falk (SPD)	MdB Dr. Axel Berg (SPD)	Stefan Boes (Die Grünen)	Markus Rainer (Die Grünen)	Lili Schlumberger-Dogu (Die Linke)
Arbeitsmarkt entfesseln (Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung) Betriebliche Bündnisse statt Flächen tarif; Vermittlung von Arbeitslosen nur durch Kommunen; Kündigungsschutz und Mitbestimmung erst ab 20 Beschäftigten; Jahresarbeitszeitkonten; Löhne an Unternehmensentwicklung koppeln	Vorfahrt für Arbeit – diesem Grundsatz entsprechend, finden sich im Regierungsprogramm der Union zahlreiche Maßnahmen zur Förderung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Unter anderem senken wir gezielt die Lohnzusatzkosten, sichern betriebliche Beschäftigungsbündnisse rechtlich ab und lockern den Kündigungsschutz bei Neueinstellungen. Langzeitarbeitslose sollen zukünftig für 10 % unter Tariflohn eingestellt werden können. All das zusammen schafft Arbeitsplätze	Die FDP will das Tarifkartell aufbrechen und betriebliche Bündnisse für Arbeit ermöglichen. Die Mitarbeiter wissen am besten, was für den Betrieb und den Erhalt von Arbeitsplätzen gut ist. Wenn sich 75 Prozent der Belegschaft anders entscheiden als Gewerkschaftsfunktionäre, sollte man ihre Entscheidung respektieren, statt die Arbeitnehmer zu entmündigen. Den Schutz vor willkürlichen Kündigungen regelt das Bürgerliche Gesetzbuch. Der darüber hinausgehende Kündigungsschutz ist vor allem für kleine Unternehmen ein Einstellungshemmnis. Unserer Ansicht nach soll das Kündigungsschutzgesetz erst ab 50 Mitarbeitern im Betrieb gelten und vier Jahre nach Beginn des Arbeitsverhältnisses einsetzen. Weiter im Anhang!!!	"Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht" hat Günther Rexrodt einmal gesagt. Die Entscheidungen über die Zukunft eines Betriebes müssen dort getroffen werden, wo sie erforderlich sind: im Betrieb. Wenn die Masse aller Arbeitsgerichtsprozesse nur noch das Aushandeln von Abfindungen sind, dann sollten diese besser gleich im Arbeitsvertrag geregelt werden, wie in einem guten Ehevertrag. Das entlastet alle, auch die Gerichte.	Die Wirtschaft, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, profitieren in erheblicher Weise von sozialem Frieden. Grundlage ist hierfür die Absicherung von Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit und Krankheit, eine Altersversorgung, ein solides Tarifsystem und Mitbestimmungs- wie Arbeitnehmerschutzrechte. Dies unterscheidet uns – nur nebenbei bemerkt – vom Frühkapitalismus oder der Sklavenhaltergesellschaft.	Flexibilisierung des Arbeitsrechts - Kündigungsschutz - befristete Beschäftigung: Von Tarifverträgen lassen wir die Finger. Das ist Aufgabe der Tarifparteien. Der Schutz vor Kündigung, faire Befristungsregeln, das Recht auf Wahl betrieblicher Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter sowie ein moderner Arbeitsschutz gehören zu den unverzichtbaren Arbeitnehmerrechten. Für diese Rechte treten wir ein. Diese Rechte garantiert nur eine sozialdemokratische Bundesregierung. Unser Land braucht selbstbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Antrieb der Wille zum Anpacken und nicht die Angst vor Feuern sein muss. Die von Union und FDP gewollte weitgehende Abschaffung des Kündigungsschutzes wird es mit uns nicht geben. Weiter im Anhang!!!	Auch hier ist Differenzierung notwendig; Betriebsräten vor allem kleinerer und mittlerer Unternehmen dürfen nicht zum Spielball der Tarifverhandlungen, also „erpressbar“ werden; Tarifrecht ist Verfassungsauftrag und erhält den sozialen Frieden; trotzdem sollten kleinere Schritte möglich sein, zum Beispiel bei einer Verfeinerung des Kündigungsschutzes, der eine klar formulierte Abfindungsregelung beinhaltet sowie bestimmte Bevölkerungsgruppen weiterhin schützt	Mehr Beschäftigung entsteht nicht durch weniger Kündigungsschutz. Es gibt keine wissenschaftliche Studie, die das Gegenteil bestätigen würde. Betriebsräte sind wichtige Ansprechpartner der Geschäftsleitung gerade in größeren Betrieben. In Deutschland sind nicht die Löhne zu hoch, sondern die Lohnnebenkosten. Daher wollen die Grünen im unteren Lohnsegment die Lohnnebenkosten bezuschussen, damit diese Beschäftigungsverhältnisse überhaupt erst wieder für Arbeitgeber und Arbeitnehmer attraktiv werden.	Tarifautonomie erhalten. Bessere gesetzliche Regelungen, zum Beispiel Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 1400€ brutto (ca. 1.000€ netto, ist die Pfändungsgrenze); Erhaltung, Ausbau der Mitbestimmung in Großbetrieben. Im übrigen ist die Tarifhoheit im Grundgesetz zu Recht festgeschrieben. Keine Abschaffung des Kündigungsschutzes. Jeder Arbeitnehmer braucht Planungssicherheit, auch in kleinen Unternehmen, das stärkt den Konsum & führt zur notwendigen Entwicklung des Binnenmarktes. Wir lehnen eine Rückkehr in frühkapitalistische Verhältnisse auch in Kleinbetrieben konsequent ab; wir sind gegen eine Ausdehnung der Wochen- & Lebensarbeitszeit/Heraufsetzung des Rentenalters, etc.), das baut Arbeitsplätze ab, statt neue zu schaffen. Arbeitszeitverkürzung führt zum Abbau von Arbeitslosigkeit.

BVMW	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU)	Julika Sandt (F.D.P.)	Dr. Annette Bulfon (F.D.P.)	Peter Falk (SPD)	MdB Dr. Axel Berg (SPD)	Stefan Boes (Die Grünen)	Markus Rainer (Die Grünen)	Lili Schlumberger-Doğu (Die Linke)
<p>Soziale Sicherung (Sozialsysteme zukunftsfähig machen) Mehr Eigenverantwortung bei Alters- und Gesundheitsvorsorge; Abschläge bei Rente vor 65; Rentenbeiträge auch von Politikern, Beamten und Selbständigen; bessere Rahmenbedingungen für eine kinderfreundliche Familienpolitik</p>	<p>Sozial ist, was Arbeit schafft – gemäß diesem Grundsatz schaffen wir die wirtschaftlichen Grundlagen, um die soziale Sicherheit in unserem Land nachhaltig zu gestalten. Wir reformieren unser Gesundheitssystem grundlegend und stellen die Rentenversicherung auf eine neue, zweigleisige Basis. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden um zwei Prozentpunkte gesenkt.</p>	<p>Wir fordern auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, orientieren uns dabei aber nicht an einem Rentenbeginn mit 65 sondern an 45 Jahren Beitragszahlung für die Rentenversicherung. Dazu will die FDP das Berufseintrittsalter senken: durch zwölf Schuljahre bis zum Abitur, Aussetzung der Wehrpflicht, flexiblere Einschulung und kürzere Ausbildungszeiten. Wer mit 60 in Rente geht &amp; noch keine 45 Jahre eingezahlt hat, zahlt höhere Abschläge. Mit der Forderung, Politiker, Beamte und Selbständige in den Kreis der Beitragszahler zur gesetzlichen Rentenversicherung einzubeziehen, stimme ich nicht überein. Mit der Zahl der Beitragszahler steigen auch die Ausgaben. Insgesamt würden die demographisch bedingten Probleme der Rentenversicherung nur verschärft. Weiter im Anhang!!!</p>	<p>Eine Reform der sozialen Sicherungssysteme ist sicher erforderlich. Eine Einbeziehung neuer Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung ohne ein Gesamtkonzept ist sehr kritisch. Damit würden neue Ansprüche geschaffen, die ausgerechnet dann (ca. 2025-2040) geltend gemacht werden, wenn die gesetzliche Rentenversicherung aufgrund der demografischen Entwicklung sich in ihrer schwierigsten Phase befindet. Ziel muss es sein, dass eine gesetzliche Basisrente ein Teil neben der betrieblichen und privaten Altersvorsorge ist. Der heutige dominierende Anteil der gesetzlichen Rente von 80% an der Altersvorsorge ist viel zu hoch und allein schon ein Problem.</p>	<p>Erfreulicherweise ist die Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Rechtsstaat, der insbesondere die Koalitionsfreiheit als Grundrecht garantiert. Ihre Forderungen sind daher glatt verfassungswidrig, so dass sich eine zeitintensivere Debatte hierüber kaum lohnt. Löhnen würde sich allerdings eine Debatte um ethische und soziale Verantwortung von Unternehmen. Ich weiß, dass die meisten Unternehmer hier über das entsprechende Verantwortungsbewusstsein verfügen und daher Ihre Forderungen ebenfalls nicht teilen. Gehen Sie also bitte nicht davon aus, dass – wenn offensichtlich Ihr Weltbild nicht von sozialen Gedanken getrübt ist – diejenigen, die Sie vorgeben zu vertreten, genauso denken. Im Gegenteil: Sie schaden dem Ruf der oft auch sozial engagierten Selbständigen in der Öffentlichkeit. Weiter im Anhang!!!</p>	<p>Sie behaupten, wir hätten die höchsten Lohnstückkosten der Welt. Das ist falsch. Sie beschwerten sich auch über die Frühverrentungen. Da haben sie wieder was verwechselt: Das war unter Helmut Kohl. Sie tun so, als gäbe es keine Agenda 2010. Wir haben uns der Herausforderung, sozial gerechte Politik neu zu gestalten, gestellt. Dazu gehört die Gerechtigkeit zwischen den Generationen ebenso wie die Stärkung der sozialen Integration. Bezugspunkt sozial gerechter Politik ist für uns die Schaffung sozialer und ökonomischer Teilhabe- und Verwirklichungschancen für alle Mitglieder der Gesellschaft. Die Rente - verlässlich für die Älteren, bezahlbar für die Jüngeren Die gesetzliche Alterssicherung bleibt die tragende Säule der Altersversorgung für alle. Weiter im Anhang!!!</p>	<p>Ihre Formulierung folgen der richtigen Tendenz, sind aber im Detail schwierig; folgen etwa „verursachungsgerechte Beiträge“ dem Konzept der FDP, dass Krankheit gleich Krankheit und eine Krankenversicherung kein Solidarsystem mehr ist – dann nicht, unser Konzept heißt Bürgerversicherung; auch „massive Kürzungen“ vor 65 gehen am Problem vorbei, weil Menschen meist wegen Behinderungen oder Krankheiten früher in Rente gehen – die Rente wegen Nichtvermittelbarkeit haben wir abgeschafft (mit Vertrauensschutz); den Arbeitgeberanteil wollen wir bei 6,5 Prozent einfrieren – ansonsten folge ich Ihren Punkten im Grundtenor</p>	<p>Die sozialen Sicherungssysteme müssen grundlegend reformiert, die Eigenverantwortung gestärkt werden. Mit der Bürgerversicherung wollen die Grünen den Kollaps der gesetzlichen Krankenversicherung verhindern. Auch Beamte, Selbständige, Besserverdienende und Abgeordnete sollen einbezogen werden. Bei der Rente wird es aufgrund der ungünstigen demographischen Entwicklung langfristig zu einer Absenkung des Leistungsniveaus kommen. Daher ist gerade auf diesem Gebiet die private Eigenvorsorge besonders zu unterstützen.</p>	<p>Keine Finanzierung versicherungsfremder Leistungen aus der Rentenkasse. Private Altersvorsorge immer nur zusätzliche zur gesetzlichen, paritätisch von Arbeitgebern &amp; finanzierten. Festhalten am paritätisch von Arbeitgebern &amp; Arbeitnehmern finanzierten Rentensystem. Für erwerbsunfähige Menschen ohne ausreichende Rente u.a. fordern wir eine die Existenz ermöglichende Grundsicherung; Elterngeld muss so gestaltet werden, dass auch mehr Männer dies wahrnehmen. Kinder dürfen für die jungen qualifizierten Frauen, die wir in der Wirtschaft dringend brauchen, kein Karriereknick bedeuten. D'land ist im Vergleich zu anderen europäischen Ländern völlig hintendran in der Entwicklung. Investitionen in KITAgesstätten, Kindergärten, Bildungschancen erhalten den Standort D'land, und schaffen auch Arbeitsplätze.</p>

BVMW	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU)	Julika Sandt (F.D.P.)	Dr. Annette Bulfon (F.D.P.)	Peter Falk (SPD)	MdB Dr. Axel Berg (SPD)	Stefan Boes (Die Grünen)	Markus Rainer (Die Grünen)	Lili Schlumberger-Doğu (Die Linke)
Innovationsblockaden beseitigen (Konzentration auf neue Technologien) Freiheit und langfristige Sicherheit für die Forschung; Beschleunigung von Zulassungsverfahren für marktfähige Produkte und Dienstleistungen; Vereinfachung von Fördervorhaben in der Forschung	Neue Technologien sind ein Schlüsselfaktor nachhaltigen Wachstums für Deutschland und Grundlage zahlreicher mittelständischer Unternehmen. Aus diesem Grund bekennt sich die Union ausdrücklich zur Förderung dieses Wirtschaftsbereiches – gerade auch im Bereich moderner Biotechnologie. Wir wollen eine vorurteilsfreie Förderung moderner Technologien.	Forschung und Entwicklung werden Kernthemen einer Bundesregierung mit FDP-Beteiligung sein. Wir wollen ermöglichen, dass Forschungsergebnisse unbürokratisch und schnell in Produkte umgesetzt, angewendet, patentiert und publiziert werden.	Die Forderungen nach mehr Freiheit für die Forschung unterstützt die FDP ausdrücklich. Eine Konzentration auf neue Technologien wäre gerade in Deutschland aber falsch. Gerade "alte" Branchen erhalten durch nicht zuletzt durch neue Technologien aber auch neue Marketing- und Organisationsformen gerade in Deutschland neue Chancen. Dann lassen sich auch schon fast aufgegebene Branchen wie zum Beispiel die Textilindustrie am deutschen Standort wieder etablieren.	Zusammengefasst: Sie wollen soziale Sicherheit weitgehend beseitigen, Konflikte in die Betriebe hineinverlagern und öffentliche Aufträge unmöglich machen sowie Bildung zurückführen. Sie schaden damit diesem Land und auch den Unternehmen. Dies ist daher keine seriöse Debatte, eher Zeitverschwendung.	Die neue Mittelstandsbank der KfW hat im Auftrag der Bundesregierung ihr Förderangebot erweitert; von der klassischen Kreditfinanzierung (wie das ERP-Existenzgründungsprogramm oder das ERP-Innovationsprogramm) zur Beteiligungsfinanzierung (wie z.B. KfW-Risikokapitalprogramm oder das Beteiligungskapitalprogramm für kleine Technologie-Unternehmen) und als Zwischenform die sogenannte Mezzanine-Finanzierung wie das ERP-Gründungskapitalprogramm. Ziel ist es, die Eigenkapitalschwäche der kleinen und mittleren Unternehmen zu überwinden und damit ihre Innovationsfähigkeit zu stärken. Weiter im Anhang!!!	Hier werden andere grüne DirektkandidatInnen ausführlich antworten; mein Ansatz beruht auf einer Studie von McKinsey – danach schafft ein ins Ausland verlagerter Arbeitsplatz zwei neue in Deutschland, allerdings ausschließlich im Bereich Forschung und Entwicklung; im Bildungsbereich liegt die größte politische Herausforderung - deshalb hat die Bundesregierung bereits 2002 ein umfangreiches Bildungsprogramm auf den Weg gebracht; ich darf in diesem Zusammenhang noch erwähnen, dass die genannte Herausforderung alle Bevölkerungsschichten betrifft, also auch die schlechten beruflichen Aussichten von HauptschulabgängerInnen	Deutschland hat nur einen wesentlichen Rohstoff: Geist. Wir müssen technologisch an der Spitze stehen, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Grünen setzen auf Forschung und Innovation. Neue Technologien gerade im Umweltbereich tragen dazu bei, dass wir auf diesen Gebieten unangefochten Weltmarktführer sind.	Gentechnologie, Atom etc. lehnen wir ab, es handelt sich nicht um irrationale, sondern sehr begründete Ängste bzw. Ablehnung durch Bevölkerung und Teile der Politik. Investitionen in Forschung für den ökologischen Umbau der Gesellschaft sollen Vorrang haben. Zum Beispiel auch Forschung für Risikovermeidung bei den zunehmenden Umweltkatastrophen, Frühwarnsysteme, Umsteuern auf regenerative Energien etc. Das hilft auch der Ökonomie, wie wir zur Zeit am ständig steigenden Rohöl- und Benzinpreis sehen können. Entwicklung anderer Treibstoffe, weg von Atom und Erdöl.



BVMW	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU)	Julika Sandt (F.D.P.)	Dr. Annette Bulfon (F.D.P.)	Peter Falk (SPD)	MdB Dr. Axel Berg (SPD)	Stefan Boes (Die Grünen)	Markus Rainer (Die Grünen)	Lili Schlumberger-Dogu (Die Linke)
<p>Praxisnahe Ausbildung (Schule muss Grundstein für den Beruf legen)</p> <p>Wirtschaftskunde ab der 5. Klasse; Priorisierung der Kernkompetenzen; mehr Praktika in Unternehmen; Förderung von besonders Begabten</p>	<p>Bildung ist der wertvollste Rohstoff unseres Landes – und wir wollen ihn durch erstklassige Bildungssysteme fördern. Deshalb werden wir unsere Politik – in Zusammenarbeit mit den für Bildungspolitik zuständigen Ländern – so gestalten, dass sie junge Menschen dort fordert, wo es notwendig ist und sie dort fördert, wo es möglich ist. Das zusammen ergibt eine gute Grundlage für mehr Bildung, mehr Wissen und damit auch mehr Perspektiven junger Menschen in Deutschland. Der Mittelstand kann an dieser „Bildungs-offensive“ beteiligt werden und den Brückenschlag zur Praxis unterstützen.</p>	<p>Die innovativen Forderungen des BVMW für eine praxisnahe Ausbildung kann ich nur befürworten. Eine Verbesserung der Bildungschancen in allen sozialen Schichten hat für mich hohe Priorität. Die FDP hat hierzu, wie ich finde, hervorragende Konzepte vorgelegt. Beispielsweise sollen Kinder im vierten Lebensjahr einen Sprachtest absolvieren. Ab fünf gibt es ein verpflichtendes Vorschuljahr. In dieser so genannten Starterklasse werden die Kinder spielerisch ans Lernen herangeführt. Wer beim Sprachtest schlecht abgeschnitten hat, bekommt zusätzlichen Förderunterricht. So starten auch Kinder aus Migrantenfamilien mit guten Perspektiven in die Schule. Begabte haben die Möglichkeit, die Starterklasse zu überspringen.</p>	<p>Viele Gruppen fordern für Ihren Bereich ein entsprechendes Schulfach. Ein weitere Fach "Wirtschaftskunde" halten wir deshalb für kaum realisierbar, so interessant und wichtig es ist. Wir wären schon froh, wenn alle Schüler lesen, schreiben und rechnen auf hohem Niveau könnten. Auch hier gilt: Unterricht wird im Unterricht gemacht. Wir müssen uns auf eine ständige Verbesserung der Unterrichtsqualität konzentrieren. Die ideologischen Debatten über Schulstrukturen dagegen haben mehr geschadet als genutzt.</p>		<p>Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind auf eine breite, öffentlich geförderte Infrastruktur der Berufsausbildung, insbesondere auch im Dualen System, angewiesen. Angesichts nachlassender Eigenaktivitäten der Unternehmen sehen sich Politik und Staat herausgefordert.</p> <p>Im „Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ der Bundesregierung mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft haben sich die Paktteilnehmer verpflichtet, allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen jungen Menschen ein Angebot für eine Ausbildung zu unterbreiten. Der Ausbildungspakt hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Weiter im Anhang!!!</p>	<p>Siehe bitte die beiliegende Datei: Stellungnahme Bundestagsfraktion der Grünen Jochen Hake.doc</p>	<p>Die Schule bereitet gerade in den Hauptschulen nur unzureichend auf den Beruf vor. Es fehlt an qualifizierten Auszubildenden. Die Hauptschule ist zur Restschule verkommen. Die Grünen wollen daher mit der Einführung des gemeinsamen Unterrichts bis zum 9. Schuljahr das Lernniveau allgemein heben. In Ländern wie Finnland hat die Gesamtschule zu Spitzenplätzen in der PISA-Studie geführt.</p>	<p>Schaffung einer nicht dreigliedrigen, sondern gemeinsamen Schule mindestens 6, besser 8 Jahre lang, dann Gymnasium und Realschule etc. So wie in vielen europäischen Ländern, die auch bei PISA besser abschneiden. Kein Schulsystem siebt so sozial aus wie das deutsche, so werden Schüler ohne Zukunft in der Hauptschule produziert; Keine Verbeamtung der Lehrer, Möglichkeit für Praktiker, Wirtschaftslehrer zu werden, für Lehrer, wieder in die Wirtschaft zu gehen etc; Aufnahme der Möglichkeiten von Existenzgründungen in den Lehr- und Ausbildungsplan.</p>

BVMW	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU)	Julika Sandt (F.D.P.)	Dr. Annette Bulfon (F.D.P.)	Peter Falk (SPD)	MdB Dr. Axel Berg (SPD)	Stefan Boes (Die Grünen)	Markus Rainer (Die Grünen)	Lili Schlumberger-Doğu (Die Linke)
<p>Bildungsoffensive an Hochschulen (Mehr Wettbewerb und Selbstverantwortung) Bundesweite Bildungsstandards; Wirtschaft und Bildung enger verzahnen; Einführung von Studiengebühren bei finanzieller Selbstverantwortung der Hochschulen; Öffnung der Hochschulen für Lehrende aus der Praxis</p>	<p>Die Hochschulen in Deutschland müssen weiter gefördert, ihr System – wiederum in Kooperation mit den Ländern – weiter modernisiert werden. Studiengebühren dürfen kein Tabu sein, da sie einen wertvollen Beitrag zur Finanzierung unseres Bildungssystems leisten. Wir brauchen einheitliche Bildungsstandards auf hohem Niveau und einen engen Dialog von Lehrstühlen und Wirtschaft.</p>	<p>Für Deutschland ist Bildung der wirksamste Hebel, um den Arbeitsmarkt aus der Schieflage zu bringen. Bund und Länder sollten den Schulen zwar viele Freiheiten lassen. Trotzdem sollte es für jede Jahrgangsstufe vergleichbare Standards geben. Wer von den Eltern im Job Mobilität verlangt, darf den Kindern keine Bildungs-Blockaden in den Weg stellen. Wir fordern kleinere Klassen und Hochschul-Autonomie. Studiengebühren sind ein Anreiz das Studium nicht unnötig in die Länge zu ziehen. Gleichzeitig werden sich die Universitäten besser um ihre Studenten kümmern, wenn sie sie als Kunden begreifen. Voraussetzung für die Studiengebühr sind ein funktionierendes Stipendienwesen und Bildungsdarlehen.</p>	<p>Erfahrungen etwa in der Informatik zeigen, dass Innovation und Wettbewerb sich mit allgemeinen Standards nicht verträgt. Die Standards werden meist von der Realität hinweggefegt oder es bildet sich eine größere Zahl von Standards. Wichtig ist, dass die Hochschulen eine hohe Leistungskraft entwickeln. Über das Ergebnis kann der Markt entscheiden.</p>	<p>Die Politik der SPD-geführten Bundesregierung hat hingegen bewirkt, dass mittlerweile der Anteil der Studienanfänger eines Jahrgangs von 27,7 % (98) auf nun 37,5% (04) deutlich gesteigert werden konnte. Ursache sind u.a. eine verstärkte Förderung durch BAföG sowie das bisher geltende Verbot von Studiengebühren. Sie sehen, dass die Umsetzung der von Ihnen vertretenen Positionen der Forderung nach mehr und besserer Bildung erheblich schaden würde, und somit unverantwortbar ist.</p>	<p>Mehr Autonomie für die Hochschulen Die SPD-Bundestagsfraktion hat mit dazu beigetragen, dass entscheidende Schritte zur Modernisierung des deutschen Hochschulsystems umgesetzt werden konnten. In mehreren Novellen des Hochschulrahmengesetzes und mit der Dienstrechtsreform haben wir den Grundstein für mehr Leistungsorientierung und mehr Autonomie in den Hochschulen und bessere Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs legen können. Weiter im Anhang!!!</p>	<p>Siehe bitte die beiliegende Datei: Stellungnahme Bundestagsfraktion der Grünen Jochen Hake.doc</p>	<p>Die Universitäten sind dramatisch unterfinanziert, die Professoren oft wenig geeignet für die Lehre. Die Grünen wollen daher den Beamtenstatus für Hochschullehrer abschaffen und auch diese dem Leistungsprinzip unterwerfen. Die Hochschulen müssen deutlich mehr Mittel erhalten. Studiengebühren lehnen wir ab, weil sie zur Exklusion einkommensärmerer Schichten von einem Hochschulstudium führen. Deutschland hat aber nicht zu viele Akademiker, sondern zu wenige.</p>	<p>Straffung der Studienzeiten, wenn diese mit Stipendien für die Studenten, die keine reichen Eltern haben verbunden sind. Jobbende Studenten verlängern die Studiedauer; Die Schaffung national verbindlicher Bildungsstandards werden für alle Schultypen befürwortet; Keine Studiengebühren, Hochschulen sollten staatliche Einrichtungen bleiben, zusätzlich kann es mehr Privatuniversitäten mit Studiengebühren geben.</p>

BVMW	MdB Gerda Hasselfeldt (CSU)	Julika Sandt (F.D.P.)	Dr. Annette Bulfon (F.D.P.)	Peter Falk (SPD)	MdB Dr. Axel Berg (SPD)	Stefan Boes (Die Grünen)	Markus Rainer (Die Grünen)	Lili Schlumberger-Dogu (Die Linke)
Gründungsklima verbessern (Neue Kultur der Selbständigkeit) Chancengleichheit fördern für Frauen; leichtere Existenzgründung; Förderung von Existenzgründungen, Schaffung von Existenzgründungslehrstühlen	Gerade Selbstständige im Mittelstand sind Leistungsträger unserer Wirtschaft. Wir werden deshalb alles daran setzen, den Mut zur Existenzgründung gezielter als bisher zu fördern und einen Rahmen zu schaffen, der solches Engagement nicht durch bürokratische Bürden verhindert sondern Initiativen von Anfang an unterstützen	Auch wir Liberalen fordern bessere Rahmenbedingungen für Existenzgründer. Dazu wollen wir die Programme zur Förderung von Existenzgründungen straffen und entbürokratisieren.	Wir haben in Deutschland eine Kultur der Verstaatlichung und kaum eine Kultur der Eigenverantwortung oder gar Selbständigkeit. Dies ist ein gesellschaftliches Problem. BVMW und FDP haben hier eine gemeinsame Aufgabe.		Die externe Information und Beratung von Gründern sowie von kleinen und mittleren Unternehmen wird in den nächsten Jahren verbessert. Das Projekt „GründerService Deutschland“ der Bundesregierung umfasst drei Schwerpunkte: Weiter im Anhang!!!	Siehe bitte die beiliegende Datei: Stellungnahme Bundestagsfraktion der Grünen Jochen Hake.doc	Als selbständiger Rechtsanwalt kenne ich die Probleme der Selbständigen aus eigenem Erleben. Insbesondere das starre Kammersystem mit Zwangsmitgliedschaften ist ein großes Ärgernis. Ich stehe für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in den berufsständischen Kammern ein. Die Selbständigen sind das Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Ihre Leistungen müssen stärker geachtet und gewürdigt werden. Wir arbeiten deutlich mehr als der Durchschnitt der abhängig Beschäftigten. Dies muss sich auch in der gesellschaftlichen Wertschätzung niederschlagen. Neiddebatten sind hier vollkommen fehl am Platze. Existenzgründungen müssen besser unterstützt werden.	Das Einrichten einer einzigen Anlaufstelle für Existenzgründer wird nicht befürwortet, aus eigener, guter Erfahrung sehe ich hier lieben den Wettbewerb der Institutionen; Reduzierung der Mittel für Ich-AGs; Ja. Keine Reduzierung der Mittel für ABM; Ein wichtiges Hindernis für Gründer und seine Überwindung sind hier nicht angesprochen: Selbstverpflichtung der großen Banken und Sparkassen, bei Vorlage von Existenzgründungsplänen und guter Begutachtung dieser Pläne Kredite großzügig und zu geringen Zinsen zu gewähren.

Leider mussten die einzelnen Stellungnahme im Hinblick von Vergleichbarkeit gekürzt werden. Alle originalen Stellungnahmen sind beigelegt. Insbesondere Dr. Axel Berg hat viele Details in seiner Stellungnahme verwendet, die leider in dieser Tabelle der Kürzung zum Opfer fielen.